

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Amelshain, Bensch, Vorsdorf, Eiche, Erdmannshain, Fuchsberg, Groß- und Kleinfeldberg, Klinge, Köhre, Lindhardt, Pomßen, Staßfurt, Thronen usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2-jährlich Mk. 9.— durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. 4-spaltige Zeile Mk. 1.20, 2-spaltige Zeile Mk. 1.80. Beilagegebühr pro Sonderblatt 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausbringern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Genuss: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güntz & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 52

Mittwoch, den 4. Mai 1921

32. Jahrgang

Die Donnerstag-Nummer erscheint des Himmelfahrtfestes wegen morgen Mittwoch. Inzerate werden bis spätestens 11 Uhr erbeten.

Nachrichten für Naunhof.

Amthliches.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können am 6. und 7. Mai nur dringliche Sachen erledigt werden.
Finanzamt Grimma.

Für die durch die Feuerwehr gestellten Wachen bei Theater- und ähnlichen Aufführungen sind von jetzt an folgende Gebühren zu entrichten:

- a) bei Maskenbällen für 4 Mann je Stunde u. Mann 5 Mk.
- b) bei Kostümfesten für 3 Mann je Stunde u. Mann 5 Mk.
- c) bei Theateraufführungen v. Vereinen für 2 Mann je 10 Mk.
- d) bei gewerksmäßigen Theateraufführungen und Singspielen für 2 Mann je 4 Mk.

Die Gebühren sind zugleich mit den übrigen Abgaben vor der Veranstaltung an die hiesige Stadtkasse zu entrichten, von der die Ablieferung an die Feuerwehr erfolgt.

Weitere Vergütungen (Bier, freie Eintrittskarte) haben die als Wachmannschaften verwendeten Feuerwehrleute nicht zu fordern.

Die den gleichen Gegenstand regelnde hiesige Bekanntmachung vom 21. April 1920 erliegt sich hierdurch.
Naunhof, am 2. Mai 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der amerikanische Senat hat die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland genehmigt.
- * Als Nachfolger des Grafen Oberdorff wird Postkapitän v. Schöna als deutscher Geschäftsträger nach Warschau gehen.
- * Die Minister in Deutschland sind durchweg ohne Störungen verlaufen.
- * Entgegen anderslautenden Meldungen ist der am Kapp-Putsch beteiligte ehemalige Polizeipräsident von Berlin, von Jagow, nicht begnadigt worden.
- * Aus der Londoner Konferenz forderte Lloyd George, daß Deutschland zehn Tage Zeit gelassen werden müsse, um den Abklärungsbedingungen der Entente zuzustimmen.

Frieden mit Amerika.

In Washington scheint manchmal die rechte Hand nicht zu wissen, was die linke tut. Wie lange ist es her, daß Präsident Harding den Kongress wissen ließ, man möchte die Abstimmung über die Resolution Knox nicht befehlen, sie vielmehr erst auf die Tagesordnung stellen, wenn die nächste Gestaltung des Verhältnisses der Entente zu Deutschland klarer zu übersehen wäre. Er wünschte also, daß der Senat seine Entscheidung über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland hinauschieben möchte, damit man in Paris und in London nicht etwa auf den Gedanken käme, daß von Washington her ein Druck auf die fälligen Entschlüsse des Obersten Rates ausgeübt werden sollte. Und der Senat, in dem die Partei des Präsidenten Harding über die sichere Wehrheit verfügt, hat nun trotzdem gerade an dem Tage, an dem der Oberste Rat wieder einmal in London zu einer schicksalsschweren Entscheidung zusammengetreten ist, die Resolution Knox auf die Tagesordnung gestellt und sie, wie es scheint, ohne abzuwachen oder verstärkende Zusätze an g e n o m m e n .

Sie besagt im wesentlichen, daß der Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklärt werde, und überläßt demnach alles weitere den damit notwendig gewordenen Verhandlungen mit Deutschland. Diese Verhandlungen kann nun allerdings Präsident Harding, dem ja nach der amerikanischen Verfassung allein das Recht der Ausfertigung zusteht, in der ihm passend erscheinenden Zeit einleiten und er kann auf diese Weise immer noch die Überlegungsfrist gewinnen, die er zu haben wünschte, als er sein Ersuchen an den Kongress richtete. Aber andererseits dürfte nun doch wohl auch die deutsche Regierung sich in ihrem Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten etwas freier fühlen und nunmehr auf Umwege verzichten, wenn sie dringliche Anliegen den Herren in Washington zu Gehör bringen will. Insofern darf man also jetzt schon von einer Erleichterung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinem am längsten im Kriegszustand verbliebenen Gegner sprechen. Etwas anderes ist es aber, ob und in welchem Sinne sich die in London versammelten Führer der feindlichen Regierungen Europas durch den Beschluß des amerikanischen Senats beeinflussen lassen werden. Vielleicht halten sie es jetzt um so mehr für geraten, ihre Beschlüsse zu beschleunigen, damit auch, was das Ruhrgebiet betrifft, fertige Tatsachen geschaffen werden, ehe das amerikanische Kabinett auf Grund des neuesten Senatsbeschlusses weitere Schritte einleiten kann. Sollte indessen Lloyd George mit seiner Absicht durchdringen, und noch

eine allerletzte Überlegungsfrist zu gewähren, bevor Marshall noch gestattet wird, seine Truppen an die Ruhr vorwärtszuschieben, so wäre für diese kurze Spanne Zeit immerhin etwas damit gewonnen, daß zwischen Deutschland und Amerika nunmehr der offizielle Friedenszustand wieder hergestellt ist. Der Senat wird diesen Schritt kaum getan haben, um es danach bei einer leeren Kundgebung erweiden zu lassen. Gleichviel ob ihn ideale oder materielle Beweggründe zu seinem Vorgehen bestimmt haben, so darf man doch annehmen, daß er danach nicht auf halbem Wege wird stehen bleiben wollen. Jedenfalls dürfen wir in seinem Beschluß eine kleine Ermüdung erblicken. Und die Herren Redenbach und Dr. Simons können vielleicht mit Recht für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß ihre Anrufung Hardings der Resolution Knox zu beschleunigter Annahme verholfen hat. Denn die nächsten urteilenden Kreise der Vereinigten Staaten konnten sich danach doch wirklich nicht mehr der Erkenntnis verschließen, wie ernst es der deutschen Regierung ist mit ihren Versicherungen, daß sie bereit sei, alle ihre Verpflichtungen so weit die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft es irgend zulasse, nach bestem Willen zu erfüllen; und daß man mehr schlichtlich von einem so sehr ausgeraubten und so hart bedrängten Schuldner wie dem Deutschen Reich nicht verlangen kann. Das vermag zwar die unersättliche Raubgier der Franzosen zu leugnen, für den ungleich fähigeren, ungleich praktischer veranlagten Amerikaner muß jedoch an dieser Grenze auch die willigste Gefolgschaft gegenüber Frankreich aufhören. So darf man wohl in der Annahme der Resolution Knox zum mindesten einen Wink mit dem Zaunpfahl erkennen. Ob er freilich nicht schon zu spät kommt, nach allem was in den letzten acht und vierzehn Tagen in Paris und in London geschehen ist, ist eine andere Frage.

Aber für Amerika ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, zu beweisen, ob es sich von Wilsons Spuren nur mit Worten oder auch mit entscheidenden Taten trennen will. Das amerikanische Volk fühlt gerade in seinen besten Teilen, daß es die Yrrtümer seines früheren Präsidenten nach Möglichkeit wieder gutzumachen hat. Wenn es jetzt nicht tut, was es noch dazu tun kann, dann ist die letzte Gelegenheit für immer verpaßt.

Oberschlesiens Schicksal.

Loslösung von Pleß und Rybnik.
Eine der Interalliierten Kommission in Opatowitz nahe-

stehende Persönlichkeit erzählt folgendes:
Der Bericht der Interalliierten Kommission über die obereschlesische Abstimmung ist nach London abgegangen. In dem Bericht wird vorgeschlagen, die Kreise Pleß und Rybnik, die bei der Abstimmung eine überwiegend polnische Mehrheit ergeben haben, Polen zuzuschlagen; ebenso einen Gebietsteil in der Kreis Rattowitz, der östlich der Stadt Rattowitz verläuft. Der übrige Teil Oberschlesiens, einschließlich des Industriegebietes, fällt nach dem Vorschlag der Interalliierten Kommission an Deutschland.

Alle Gruben Oberschlesiens, mit Ausnahme von zwei Beleggruben, sind Montag in den Ausland getreten. Angeblich handelt es sich um einen Proteststreik gegen die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Disziplinarverfahren gegen Leinert.

Einige Mitglieder des hannoverschen Magistrats hatten seinerzeit der hannoverschen Wirtschaftsgesellschaft ohne Genehmigung einen Vorschlag von 30 Millionen Mark aus städtischen Mitteln bewilligt. Der Verband der Bürgervereine der Stadt Hannover hat nunmehr den Regierungspräsidenten gebeten, gegen den Oberbürgermeister Leinert und die beteiligten städtischen Beamten ein ordentliches Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Amt einzuleiten.

Zeitungsverbote Hörsing.

Oberpräsident Hörsing hat auch das „Halleische Tageblatt“, das nach dem Verbot der „Halleischen Zeitung“ erschienen war, verboten. Gleichzeitig untersagte er auch das Erscheinen aller patriotischen Zeitungen und Zeitschriften mit politischem Inhalt, die gleich dem „Halleischen Tageblatt“ in der Druckerei der „Halleischen Zeitung“ hergestellt werden.

Eine Bitte Hindenburgs.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg bittet die deutsche Presse, folgendes bekanntzugeben: „Ich sehe mich zu der Erklärung veranlaßt, daß ich in keiner Weise beauftragt bin, die nachträgliche Verleumdung von Kriegsgegnern herbeizuführen oder solche gar selbst zu veröffentlichen.“

Rückführung Schwerbeschädigter.

Die Frist, innerhalb der einem schwer Beschädigten nun gekündigt werden kann, wenn die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat, ist vom Reichsarbeitsminister durch Verordnung vom 28. April 1921 bis zum 1. April 1922 verlängert worden. Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1921 in Kraft.

Personalverminderung bei der Post.

Der Reichspostminister teilte auf eine Anfrage des Abg. Erkelenz (Dem.) mit, daß die Postverwaltung, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen — namentlich die Fürsorge-maßnahmen für die Kriegsbeschädigten — und die Betriebsverhältnisse gestatten, auf eine Verminderung der Hilfskräfte bedacht gewesen ist. Ihre Zahl sei von 110 000 am 1. April 1919 auf rund 95 000 am 1. Sept. 1920 zurückgegangen. Ende Januar d. J. sei die im Juli 1920 versuchsweise zugelassene Arbeitsfreisetzung aufgehoben und die Entlassung von weiteren Hilfskräften unter weitgehendster Vermeidung von Härten angeordnet worden.

Beurlaubungsfrist bei Sondergerichten.

Ein in Ergänzung der Verordnung über die außerordentlichen Gerichte unter dem 24. April 1921 ergangener Erlass des Reichspräsidenten ermächtigt die außerordentlichen Gerichte, die Vollstreckung von Freiheitsstrafen bis zur Dauer von 6 Monaten unter Bestimmung einer Bewährungsfrist auszuweisen und Freiheitsstrafen nach Ablauf dieser Bewährungsfrist zu erlassen; nach Beendigung der Tätigkeit eines außerordentlichen Gerichts kann dieses Recht vom Reichsjustizminister mit Zustimmung der zuständigen Landesjustizverwaltung auf die ordentlichen Gerichte übertragen werden.

Aufhebung der Geheimakten.

Das preussische Staatsministerium gibt bekannt, daß es den Behörden nicht mehr erlaubt ist, Geheimakten über Beamte zu führen und Vorurteile abzugeben, die unangenehm sind, ohne die Beamten davon in Kenntnis zu setzen.

Türkei.

Ein kaiserlicher Prinz für Kemal. Prinz Omer Faruk, Sohn des vermurdeten türkischen Thronfolgers, hat sich heimlich an Bord eines italienischen Dampfers von Konstantinopel nach dem asiatischen Festland eingeschifft. Er soll die Absicht haben, sich nach Angora zu begeben, um mit den kemalistischen Führern gemeinsame Sache zu machen.

Aus In- und Ausland.

Wien. Das vom Finanzamt für den Völkerbund entworfene Sanierungsprogramm für Österreich wird von der Öffentlichkeit ziemlich kühl aufgenommen.

Belgrad. Der Kriegsminister General Jovanowitsch ist gestorben. Er befehligte während des Weltkrieges die serbische Kavallerie.

Malta. Die feierliche Verkündigung der Autonomie der Insel Malta fand mit großem Gepränge und unter begehrteter Anteilnahme der Bevölkerung statt. Die Straßen waren besetzt, und die öffentlichen Anstalten hatten geschlossen.

Athen. Den Zollbehörden wurde Anweisung erteilt, die 50-prozentige Abgabe auf deutsche Waren vorläufig nicht zu erheben.

Vor der Entscheidung in London.

Erfolg der gemäßigten Richtung.

Auf der Londoner Konferenz, wo ohne unser Zutun über Deutschlands Schicksal entschieden werden soll, ist auf den ersten Anblick doch noch kein endgültiger Entschluß zustande gekommen.

Das Ergebnis des ersten Verhandlungstages bedeutet nämlich eher, daß es der gemäßigten Richtung, die durch England und Italien vertreten wird, gelungen ist, eine überzürzte Entscheidung zu verhüten. Die wichtigste Frage blieb bis auf weiteres offen. Lloyd George erreichte es, indem er die Festlegung der gesamten Schuldsomme durch die Reparationskommission als eine neue Tatsache behandelte, und beantragte für die Untersuchung der Modalitäten und der Garantien der Zahlung dieser Summe den Sachverständigen drei Tage zur Verfügung zu stellen und dann, falls inzwischen von deutscher Seite kein annehmbares Angebot eingetroffen ist, das Ergebnis der Expertenberatungen Deutschland durch ein auf drei Tage bezichtigtes Ultimatum bekanntzugeben. Es darf für die weitere Entwicklung eine Woche gewonnen wäre. Inzwischen könnte Frankreich mobilisieren, wozu zehn Tage erforderlich wären. Ein Nachteil würde Frankreich aus diesem Vorgehen also nicht erwachsen. Während Italien dem Vorschlag Lloyd Georges beitrifft, beharren Frankreich und Belgien hart auf der Forderung seiner sofortigen Entscheidung, weil sie befürchten, Deutschland könne doch noch einlenken.

Im übrigen haben die Engländer anscheinend auch die geplante Besetzung der Ruhrkohlen endgültig abgelehnt. Ferner hat die englische Regierung ihre Zustimmung zu der von der französischen Regierung vorgeschlagenen maritimen Demonstration noch nicht gegeben.

offizien. Der...
Oberpostdirekt...
am 4. und...
Postanstalt ein...
Dingen einen...
er neben der...
bild Luthers...
Prigberger...
Brand aus...
in Raub der...
randenburger...
tliche Feuer...
kommen. Der...
et, daß das...
mpfflug ent...
an Hinter...
mit: Die im...
tauschzeichn...
ienstauszeich...
ndwehndienst...
ber nach dem...
galt werden...
ch zu befallen...
das Kraftwert...
das Kraftwert...
einer Sonder...
wegen Ver...
den Wasser...
3 Jahren...
urteilt. Zwei...
vor Gericht...
empfer Adler...
Juni 1920 in...
ernen Kränz...
Goetzes und...
den Justizhaus...
Sondergericht...
an Straßen...
des und Ver...
fahren Justiz...
hausstrafen...
angeburt ver...
telt und Ver...
talen von 2...
r Angeklagter...
zu 8 Mo...
Berlin ver...
such gemacht...
ubwig Reine...
n 8 Monaten...
auf mit 5 Ge...
llig...
vom Stück...
per Meter...
2.—, 9.50 6.50...
abgepaßt...
2 Chales...
—55.—, 38.—...
3teilig...
per Garnitur...
5.—, 125.—, 95.—...
110.—, 75.—, 58.—...
inen in Leinen...
u. Zellstoff...
5.—, 65.—, 48.—...
in allen...
Größen...
aus Mutter...
Kollektionen...
in Wolle...
und Plüsch...
ndrolle...
offe etc...
Leipzig...
Preußerg. 5...
Hilthoff...
ate:...
ge leere...
weinflaschen...
n Prelsen...
onrad...
nkbar...
m 2. Tage...
in H. Wenn...
eierlich ange...
el versagten...
Sie sich bei...
örderung...
nur an mich...
vollkommen...
garantie. Zu...
llig disk...
r, Hamburg, Kapspur...
strierer...
Stiehl...
hthoustraße 9.